

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XXVII

Teil 1. Verfassung

Kapitel 1. Bezugspunkte des Verfassungsrechts

A. Zugriffsweisen auf das Verfassungsrecht: Verfassungsdogmatik und Verfassungstheorie	2
B. Verfassungsbegriffe und Verfassungsfunktionen	4
I. Verfassung im formellen und im materiellen Sinn	4
1. Verfassung im formellen Sinn	4
2. Leistungsfähigkeit und Grenzen des formellen Verfassungsbegriffs	5
a) Inkorporationstechniken	5
b) Hypertextstruktur	6
3. Verfassung im materiellen Sinn	7
II. Funktionen der Verfassung	7
1. Verfassung als Organisationsstatut	7
2. Verfassung als Instrument der Herrschaftsbegründung, Herrschaftslegitimation und Herrschaftsbegrenzung	8
3. Programmatische Verfassung: Verfassung als Werteordnung	9
III. Folgen unterschiedlicher Verfassungsfunktionen für das Verhältnis von Verfassung und einfachem Recht	10
C. Verfassung und Staat	12
I. Verhältnis von Staat und Verfassung	12
1. Historische Perspektive	12
2. Rechtstheoretische Perspektive	12
3. Folgerungen für den Staatsbegriff	14
II. Bedeutung der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft für die Verfassungsfunktionen	15
III. Verknüpfung von Verfassungsidee, Demokratie und Volkssouveränität	15
D. Verfassung und Europäische Union	16
I. Kategorisierungsversuche für die EU	16
1. Bundesstaat und Staatenbund als Kategorien des 19. Jahrhunderts	16
2. Die EU als Staatenverbund oder Verfassungsverbund	17
3. Die EU als Netzwerk oder als Mehrebenenorganisation	18
II. Aspekte der europäischen Verfassungsfrage	19
III. Beurteilungskriterien	20
1. Terminologisch: fehlende offizielle Verfassungsterminologie	20
2. Formal: Vertragscharakter, Vorrang und Änderungsfestigkeit der Unionsverträge	21
a) Vertragscharakter des Primärrechts	21
b) Normhierarchischer Vorrang des Primärrechts	22

c) Erschwerte Abänderbarkeit des Primärrechts	23
3. Funktional: Verfassungsfunktionen der Unionsverträge für die EU	23
4. Materiell: Die Unionsverträge als <i>contrat social</i> zwischen den Unionsbürgern?	23
IV. Ergebnis: Die Unionsverträge als Verfassung der EU	24
E. Klausurhinweise	25
I. Klausurrelevante Themen und Fragestellungen	25
II. Aufbauhinweise	26
III. Prüfschemata	27
Kapitel 2. Verfassunggebende Gewalt und Verfassunggebung	28
A. Verfassungstheoretische Grundbegriffe	29
I. Souveränität	29
II. Grundbegriffe: <i>pouvoir constituant</i> und <i>pouvoirs constitués</i> . .	30
III. Das Staatsvolk als verfasste Gewalt	31
IV. Staatsangehörigkeit und Unionsbürgerschaft	31
1. Staatsangehörigkeit als Zugehörigkeitstitel	31
2. Staatsangehörigkeit unter dem Grundgesetz	32
3. Die Unionsbürgerschaft	33
B. Das Grundgesetz als Verfassung der Bundesrepublik Deutschland . .	34
I. Erlass und Legitimationsgrundlagen des Grundgesetzes 1949 . .	34
II. Das Grundgesetz als gesamtdeutsche Verfassung	37
III. Art. 146 GG	38
C. Die EU-Verträge als Verfassungsrecht der Europäischen Union . . .	39
I. Vertragliche Grundlagen	39
1. Gründungsverträge und deren Zielsetzung	40
2. EUV, AEUV und Grundrechte-Charta als geltendes Unionsverfassungsrecht	42
II. Konzeptionelles Grundverständnis	42
1. Die Mitgliedstaaten als „Herren der Verträge“	43
2. Die Europäische Union als autonome Rechtsordnung	43
III. Beitritt zur Union (Art. 49 EUV)	44
IV. Möglichkeit des Austritts aus der Union (Art. 50 EUV)	44
D. Klausurhinweise	45
Kapitel 3. Charakteristika des Verfassungsrechts	46
A. Normativität der Verfassung	46
I. Verfassungsrecht als unmittelbar geltendes Recht	46
II. Rechtstheoretische Unterscheidung von Regeln und Prinzipien	48
III. Präambeln	49
1. Normativität der Präambel des Grundgesetzes	50
2. Normativität der Präambeln der Verträge der Union	50
3. Insbesondere: Der „Präambelgott“	50
B. Vorrang des Verfassungsrechts	51
I. Normenhierarchie im nationalen Recht	51
1. Geltungsvorrang der Verfassung vor dem einfachen Recht . .	52

2. Anwendungsvorrang des einfachen Rechts vor der Verfassung	53
3. Verfassungskonforme Auslegung des einfachen Rechts	54
II. Europäisches Primär- und Sekundärrecht	56
C. Methoden der Verfassungsinterpretation	56
I. Auslegung des Grundgesetzes	57
II. Auslegung des europäischen Primärrechts	59
D. Klausurhinweise	61
Kapitel 4. Verhältnis von deutschem und europäischem Recht	61
A. Einführung	62
I. Themen und Fragestellungen	62
II. Ausgangspunkte	62
III. Gründe für die Komplexität des Verhältnisses von deutschem und europäischem Recht	64
B. Das Verhältnis zum nationalen Recht aus der Perspektive des Unionsrechts	65
I. Verpflichtung der Mitgliedstaaten auf die Werte der Union ...	65
1. Unionsverfassungsrechtliche Grundlage, Art. 2 EUV	65
2. Sanktionsmechanismus bei Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung, Art. 7 EUV	65
II. Unmittelbare Anwendbarkeit und Anwendungsvorrang des Europarechts	66
1. Begründungsansatz: Das Unionsrecht als autonome Rechtsordnung	66
2. Unmittelbare Anwendbarkeit des Unionsrechts	67
a) Unmittelbare Anwendbarkeit des Primärrechts	67
b) Unmittelbare Anwendbarkeit von Verordnungen	68
c) Umsetzungsbedürftigkeit von Richtlinien	68
d) Unmittelbare Wirkung von Richtlinien in Ausnahmefällen	69
3. Anwendungsvorrang des Unionsrechts	71
a) Teleologische Begründung der Vorrangdoktrin durch den EuGH	71
b) Beschränkung der Vorrangdoktrin auf Anwendungsvorrang	71
c) Vertiefung: Unterscheidung von Anwendungs- und Geltungsvorrang	72
4. Positivierungsansätze für die Lehre vom Anwendungsvorrang	73
5. Verhältnis von Anwendungsvorrang und Sperrwirkung der EU-Kompetenzen	74
C. Das Integrationsverfassungsrecht des Grundgesetzes	75
I. Integrationsauftrag: Staatsziel Europäische Union	75
II. Integrationsvoraussetzung: Strukturparallelität der EU zum GG	75
III. Integrationsverfahren zur Übertragung von Hoheitsrechten an die EU	76
1. Bundeskompetenz für den Vertragsabschluss	76

2. Erfordernis eines Vertragsgesetzes	77
a) Funktionen des Vertragsgesetzes	77
b) Erforderlichkeit eines Vertragsgesetzes	78
c) Qualifizierte Mehrheitserfordernisse für Vertragsgesetze	79
3. Materielle Bindungen bei der Übertragung von Hoheitsrechten an die EU	80
IV. Unmittelbare Anwendbarkeit und Anwendungsvorrang des Unionsrechts aus der Perspektive des Grundgesetzes	81
1. Erfordernis eines Rechtsanwendungsbefehls für die innerstaatliche Anwendbarkeit	81
2. Innerstaatlicher Rang des Unionsrechts: grundsätzliche Akzeptanz des Anwendungsvorrangs	81
3. Grenzen des unionsrechtlichen Anwendungsvorrangs im deutschen Recht	82
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen für Begrenzungen des unionsrechtlichen Anwendungsvorrangs	82
b) Grundrechtsvorbehalt („Solange“-Rechtsprechung)	83
c) Kompetenzvorbehalt (<i>ultra-vires</i> -Kontrolle)	85
d) Identitätskontrolle	86
e) Verhältnis der Kontrollvorbehalte des BVerfG untereinander	86
V. Vereinbarkeit der Kontrollansprüche des BVerfG mit dem Unionsrecht	87
1. Inhaltliche Vereinbarkeit nationaler Kontrollvorbehalte mit EU-Recht	87
2. Prozeduralisierung des Konflikts: Das „Kooperationsverhältnis“ von BVerfG und EuGH	87
D. Vertiefung	90
I. Akteurszentrierte Betrachtung: Der Streit über den Anwendungsvorrang als gerichtlicher Kompetenzkonflikt	90
II. Politische Wirkungen: Grundrechts- und Demokratiefortschritte durch gerichtliche Renitenz	91
III. Verfassungstheorie: Möglichkeiten einer heterarchischen Rechtsquellenlehre	92
E. Klausurhinweise	93
Teil 2. Prinzipien	95
Kapitel 5. Demokratie	95
A. Demokratie als Herrschaftsform	95
I. Kernprinzipien der westlichen Demokratiekonzeption	95
II. Das Prinzip der repräsentativen Demokratie	97
1. Der Repräsentationsgedanke	97
2. Unterscheidung von Repräsentation und soziologischer Repräsentativität	98
3. Vergleich von repräsentativer und direkter Demokratie	99
III. Rechtfertigung und Grenzen des Mehrheitsprinzips	99
1. Rechtfertigung des Mehrheitsprinzips	99

2. Funktionen der Opposition im parlamentarischen Regierungssystem	100
3. Verfassungsrechtliche Grenzen des Mehrheitsprinzips	101
a) Funktionen verfassungsrechtlicher Grenzen des Mehrheitsprinzips	101
b) Instrumente zur Begrenzung des Mehrheitsprinzips	102
IV. Verhältnis von Demokratieprinzip und Rechtsstaatlichkeit	102
1. Verhältnis in funktionaler Perspektive	102
2. Verhältnis in historischer Perspektive	103
a) Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland	103
b) Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit im Prozess der europäischen Integration.	103
B. Die Demokratiekonzeption des Grundgesetzes	104
I. Konsequente Entscheidung für eine repräsentative Demokratie	104
1. Ebene des Bundes	104
2. Ebene der Bundesländer	105
II. Anforderungen an die demokratische Legitimation aller Staatsgewalt	105
1. Parlamentswahlen und Parlament als zentrale Legitimationsmittler	105
2. Legitimationsstränge: institutionelle, personelle und sachliche Legitimation	106
a) Grundformen demokratischer Legitimation	106
b) Komplementarität der Legitimationsstränge	107
3. Erfordernis ununterbrochener Legitimationsketten	107
a) Entstehung von Legitimationsketten über das Parlament	107
b) Verbot des Dazwischentretens anderer Entscheidungsträger	108
c) Verbot ministerialfreier Räume	109
III. Kritik an der Einseitigkeit dieses Legitimationsmodells	109
1. Historische Bedingtheiten dieses Legitimationsmodells	109
2. Alternative Legitimationsmodi	110
3. Vermittelnde Auffassungen: Komplementarität unterschiedlicher Legitimationsmodi	111
IV. Subjektivierung des Demokratieprinzips	111
C. Demokratische Legitimation der EU	113
I. Das Gebot demokratischer Verfasstheit der EU	113
II. Strukturprobleme supranationaler demokratischer Legitimation	113
III. Parlamentarische Legitimation der EU	114
1. Dualistisches Legitimationskonzept	114
2. Staatsvölker und Unionsbürger als eigenständige Legitimationssubjekte für die EU	115
3. Vermittlungswege parlamentarischer Legitimation	117
a) Legitimation über das EU-Parlament	117
b) Legitimation der EU über die mitgliedstaatlichen Parlamente	117

IV. Alternative und ergänzende Legitimationskonzeptionen für die EU	118
1. Ansatzpunkte	118
2. Transparenz und Dialog	118
3. Formen direkter Demokratie auf europäischer Ebene	119
4. Legitimation der EU durch <i>output</i> -Legitimation?	120
D. Demokratie als Integrationssschranke oder Integrationsgebot	121
I. Demokratie als Schranke der europäischen Integration	122
II. Demokratie als Integrationsgebot	123
E. Klausurhinweise	124
Kapitel 6. Rechtsstaat	125
A. Gewaltenteilung	127
I. Verschränkung der Gewalten unter dem Grundgesetz	128
II. Gebot des institutionellen Gleichgewichts der Institutionen der Union	130
B. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	131
I. Vorrang des Gesetzes	131
II. Vorbehalt(e) des Gesetzes	132
C. Rechtssicherheit	134
I. Rechtsklarheit	134
II. Rückwirkungsverbot	134
D. Verhältnismäßigkeit	135
E. Die Europäische Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	137
F. Klausurhinweise	139
Kapitel 7. Bundesstaat, Sozialstaat, Republik, Säkularität	139
A. Bundesstaat	140
I. Verfassungsautonomie der Länder und Homogenitätsgebot	141
II. Die Bundestreue	143
III. Unitarisierung vs. Wettbewerbsföderalismus	144
IV. Neugliederung (Art. 29 GG)	145
B. Sozialstaat	146
I. Materieller Gehalt	146
II. Bindungs- und Rechtswirkung	147
III. Die Europäische Union als soziale Union	147
C. Republik	148
I. Formelles Republikverständnis	148
II. Materielle Gehalte des Republikprinzips?	149
D. Säkularität staatlicher Gewalt	150
E. Klausurhinweise	153

Kapitel 8. Staatsaufgaben, Staatszielbestimmungen und Ziele der EU	153
A. Unterscheidung von Staatszielbestimmungen, Staatsaufgaben und Zielen der Union	154
B. Staatsaufgaben	155
I. Staatsaufgabenlehren	155
II. Verfassungsrechtliche Determinanten für Staatsaufgaben	155
1. Staatliche Omnipotenz	155
2. Verfassungsrechtliche Grenzen für die Begründung von Staatsaufgaben	155
3. Verfassungsrechtliche Pflichten zur Erfüllung bestimmter Mindestaufgaben	156
4. Kernbestand an Staatsaufgaben als Grenze der europäischen Integration?	156
C. Staatszielbestimmungen	157
I. Bindungswirkung von Staatszielbestimmungen	157
II. Einzelne Staatszielbestimmungen	158
1. Staatszielbestimmungen im Grundgesetz	158
a) Umwelt- und Tierschutz (Art. 20a GG)	158
b) Friedensziel	158
c) Europäische Integration	158
2. Staatszielbestimmungen in den Landesverfassungen	159
D. Ziele und Finalität der Europäischen Union	159
I. Das Friedensziel als Gründungsmotiv	159
II. Wirtschafts- und finanzpolitische Ziele	159
1. Binnenmarkt (Art. 3 Abs. 3 UAbs. 1 EUV)	159
2. Wirtschafts- und Währungsunion (Art. 3 Abs. 4 EUV)	159
III. Rechtsstaatliche und sozialpolitische Ziele	160
IV. Finalität der EU: Ziel einer immer engeren Union?	161
E. Klausurhinweise	161
Teil 3. Institutionen	162
Kapitel 9. Parlamente	162
A. Funktionen und Kompetenzen von Deutschem Bundestag und Europäischem Parlament	163
I. Repräsentation	163
II. Wahl und Kreation	164
1. Wahl- und Kurationsrechte des Bundestags	164
2. Wahl- und Kurationsrechte des Europäischen Parlaments	165
III. Gesetzgebung	166
IV. Budgetrecht	167
1. Bundestag	167
2. Europäisches Parlament	168
V. Kontrolle	168
1. Instrumente parlamentarischer Kontrolle der Exekutive	168
2. Untersuchungsrecht	170

VI. Mitwirkung des Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union	170
B. Parlamentswahlen	173
I. Wahlen zum Deutschen Bundestag	173
1. Wahlrechtsgrundsätze	173
a) Allgemeinheit	173
b) Unmittelbarkeit	174
c) Freiheit	174
d) Gleichheit	175
e) Geheimheit	176
f) Öffentlichkeit	177
g) „Grundrecht auf Demokratie“	177
2. Wahlsystem	177
II. Wahlen zum Europäischen Parlament	178
1. Sitzverteilung nach ponderiertem Schlüssel	179
2. Wahlberechtigung von Unionsbürgern	181
C. Auflösungsrecht	181
I. Deutscher Bundestag	181
II. Europäisches Parlament	183
D. Struktur und Arbeitsweise der Parlamente	183
I. Struktur und Arbeitsweise des Bundestages	183
1. Legislaturperiode und Diskontinuität	183
2. Geschäftsordnung	184
3. Abgeordnetenrechte	185
a) Gegenrechte	189
b) Immunität und Indemnität (Art. 46 GG)	189
c) Zeugnisverweigerungsrecht und Beschlagnahmeverbot (Art. 47 GG)	191
d) Die Rechte nach Art. 48 GG	192
e) Rechtsschutz des Abgeordneten	194
4. Fraktionen	195
5. Ausschüsse	197
6. Präsidium und Ältestenrat	199
II. Struktur und Arbeitsweise des Europäischen Parlaments	200
E. Klausurhinweise	201
Kapitel 10. Gubernative Organe mit Gesetzgebungsfunktionen	202
A. Bundesrat und Rat der EU als Ausdruck von Gewalten- und Ebenenverschränkungen	202
I. Strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen Bundesrat und Rat der EU	202
II. Zielsetzung und Gründe der Gewalten- und Ebenenverschränkungen	204
III. Folgen und Gegenstrategien	204
B. Bundesrat	205
I. Besetzung	205
II. Funktion im Rahmen des Gewaltenteilungskonzepts	206
III. Kompetenzen des Bundesrats	207

1. Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung	207
2. Mitwirkung an der Verwaltung des Bundes	208
3. Mitwirkung in EU-Angelegenheiten (Art. 23 Abs. 4–6 GG)	208
IV. Arbeitsweise des Bundesrats	208
1. Geschäftsordnung	208
2. Abstimmungsmodalitäten	208
C. Rat der EU	209
I. Bezeichnung	209
II. Organisation des Rates	209
1. Zusammensetzung und Vorsitz	209
2. Ratsformationen in Abhängigkeit von der behandelten Materie	210
3. Landesminister als deutsche Vertreter im Rat	210
III. Kompetenzen des Rates	211
IV. Arbeitsweise, Verfahren und Beschlussfassung	212
1. Tagungen des Rates	212
2. Vorbereitungs- und Unterstützungsgremien	212
3. Beschlussmehrheiten	212
D. Klausurhinweise	214
I. Klausurrelevante Themen und Fragestellungen	214
II. Aufbauhinweise	214
Kapitel 11. Organe der Exekutive	215
A. Probleme einer Definition der Exekutive	215
B. Bundespräsident	217
I. Stellung, Funktion und Kompetenzen	217
1. Stellung und Funktion	217
2. Kompetenzen	218
3. Kompetenzausübung: gebundene Entscheidungen, Ermessen, Prüfungsrechte	219
a) Rechtlich gebundene Handlungspflichten	219
b) Formelles Prüfungsrecht in Bezug auf Bundesgesetze ..	219
c) Materielles Prüfungsrecht in Bezug auf Bundesgesetze ..	219
d) Prüfungsrecht am Maßstab des Unionsrechts	220
4. Kompetenzausübung: Gegenzeichnungspflicht	221
II. Wahl durch die Bundesversammlung	222
III. Vertretung des Bundespräsidenten	223
IV. Präsidentenanklage	223
C. Bundesregierung	224
I. Rechtsgrundlagen	224
1. Grundgesetz	224
2. Gesetze über die Rechtsverhältnisse der Bundesminister und der Parlamentarischen Staatssekretäre	224
3. GeschO der Bundesregierung	224
4. Koalitionsvereinbarungen	225
II. Stellung, Funktion und Kompetenzen	225
1. Stellung und Funktion	225
2. Kompetenzen	226

3. Pflicht zur Neutralität bei regierungsamtlichen Äußerungen	227
III. Bestellung der Bundesregierung und Beendigung der Amtszeit	228
1. Grundsätze	228
2. Wahl und Ernennung des Bundeskanzlers	229
3. Ernennung der Bundesminister	230
4. Misstrauensvotum	230
5. Vertrauensfrage	231
6. „Unechte“ Vertrauensfrage	231
7. Kommissarische Weiterführung der Geschäfte	233
IV. Struktur und Arbeitsweise der Bundesregierung	234
1. Struktur der Bundesregierung und Organisationskompetenz des Bundeskanzlers	234
2. Arbeitsweise: Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers, Ressortprinzip, Kollegialprinzip	235
a) Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers	235
b) Ressortprinzip	235
c) Kollegialentscheidungen der Bundesregierung	236
3. Auskunftspflichten der Bundesregierung gegenüber dem Parlament	236
4. Öffentlichkeitsarbeit/Warnungen	237
D. Europäischer Rat	237
I. Stellung, Funktion und Kompetenzen	237
1. Stellung im Institutionengefüge der EU	237
2. Funktionen	238
3. Kompetenzen	238
II. Zusammensetzung	239
1. Staats- und Regierungschefs	239
2. Präsident des Europäischen Rates	239
III. Arbeitsweise	240
E. Europäische Kommission	240
I. Stellung, Funktionen und Kompetenzen	240
1. Stellung und Funktionen	240
2. Kompetenzen	241
II. Struktur, Bestellung, Absetzung	242
1. Struktur der Kommission	242
2. Wahl des Kommissionspräsidenten	242
3. Ernennung der Kommissare	243
4. Misstrauensantrag gegen die Kommission (Art. 17 Abs. 8 EUV, Art. 234 AEUV)	243
III. Arbeitsweise der Kommission	243
1. Arbeitsweise des Kollegiums der Kommissare	243
2. Generaldirektionen und Externalisierung von Verwaltungsaufgaben	244
F. Weitere Exekutivorgane	244
I. Zentralbanken	244
II. Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	245

III. Reformperspektive: Europäische Wirtschaftsregierung und Europäischer Finanzminister?	246
G. Klausurhinweise	246
I. Klausurrelevante Themen und Fragestellungen	246
II. Aufbauhinweise	247
III. Prüfungsschema	247
Kapitel 12. Gerichte	248
A. Struktur der deutschen Gerichtsbarkeit	249
I. Das Bundesverfassungsgericht	249
1. Rechtsquellen	249
2. Status und institutionelle Ausgestaltung	249
3. Landesverfassungsgerichte	251
II. Fachgerichtsbarkeiten	251
B. Struktur der europäischen Gerichtsbarkeit	253
I. Unionsgerichte	253
II. Funktion des Europäischen Gerichtshofs im Prozess der europäischen Integration	254
C. Bestellung und Rechtsstellung der Richter	256
I. Wahl der Richter des Bundesverfassungsgerichts	256
II. Bestellung der Richter des Europäischen Gerichtshofes	258
III. Bestellung der Richter der Fachgerichtsbarkeiten	260
IV. Garantien richterlicher Unabhängigkeit	261
1. Das Konzept richterlicher Unabhängigkeit	261
2. Richterliche Unabhängigkeit unter dem Grundgesetz	262
a) Sachliche Unabhängigkeit	262
b) Persönliche Unabhängigkeit	263
c) Institutionelle Sicherungen der Unabhängigkeit	263
3. Richterliche Unabhängigkeit im Unionsrecht	264
D. Klausurhinweise	265
Kapitel 13. Parteien als „am Verfassungsleben beteiligte Organe“ ..	266
A. Begriff und Funktion von Parteien	266
I. Funktion	266
II. Parteibegriff	267
B. Verfassungsrechtliche Stellung unter dem Grundgesetz	269
I. Innere Ordnung	269
1. Demokratische Grundsätze	269
2. Parteiinterne Wahlen und Abstimmungen	270
3. Parteimitgliedschaft und – insbesondere – ihre Beendigung	271
4. Parteigerichtsbarkeit	272
II. Freiheit und Gleichheit	272
1. Freiheit	272
2. Gleichheit	273
III. Parteienfinanzierung	274
IV. Parteiverbot	275
1. Die NPD-Verbotsverfahren	275
2. Das Parteiverbot als Ausdruck „wehrhafter Demokratie“ ..	276

3. Die Verbotsvoraussetzungen	277
a) Freiheitliche demokratische Grundordnung	277
b) Partei	277
c) Ziele	278
d) Verhalten der Anhänger	278
e) Beseitigung/Beeinträchtigung	278
f) Darauf Ausgehen	278
g) Potentialität	278
4. Das Verbotungsverfahren	279
5. Folgen des Verbots	279
6. Das neue Verfahren zum „Abgraben“ der finanziellen Mittel	280
7. Das „Verbotsprivileg“	280
V. Rechtsschutz der Parteien	280
1. Organstreitverfahren	281
2. Verfassungsbeschwerde	281
3. Nichtanerkennungsbeschwerde	281
C. Verfassungsrechtliche Stellung der Parteien auf europäischer Ebene	282
D. Klausurhinweise	284

Teil 4. Verfahren 285

Kapitel 14. Verfassungsänderung 285

A. Änderung des Grundgesetzes	286
I. Verfahren der Verfassungsänderung	286
1. Textänderungsgebot (Art. 79 Abs. 1 S. 1 GG)	286
2. Zweidrittelmehrheit (Art. 79 Abs. 2 GG)	287
II. Materielle Grenzen der Verfassungsänderung (Art. 79 Abs. 3 GG)	288
III. Widerstandsrecht (Art. 20 Abs. 4 GG)	292
1. Standort und dogmatische Einordnung	292
2. Funktionen	292
a) Symbolische Funktion	292
b) Rechtfertigungs- und Restitutionsfunktion	292
3. Einzelfragen	293
4. Widerstandsrecht im Unionsrecht?	293
B. Änderung der EU-Verträge	293
I. Vertragsänderungsverfahren (Art. 48 EUV)	294
1. Ordentliches Änderungsverfahren (Art. 48 Abs. 2–5 EUV)	294
2. Vereinfachte Änderungsverfahren (Art. 48 Abs. 6–7 AEUV)	295
a) Verfahren nach Art. 48 Abs. 6 EUV	295
b) Passerelle-Klausel (Art. 48 Abs. 7 EUV)	295
3. Grenzen der Vertragsänderung?	296
II. Grenzen für Kompetenzübertragungen aus dem nationalen Verfassungsrecht	296
III. Verfahren der vertieften Integration unterhalb der Vertragsänderung	297
1. Eigenmittel der Union (Art. 311 AEUV)	297

2. Kompetenzergänzungsklausel (Art. 352 AEUV)	298
3. Weitere niedrigschwellige Ergänzungsverfahren	299
C. Klausurhinweise	299
Kapitel 15. Rechtsetzung	299
A. Bedeutung, Formen und Leitbilder der Rechtsetzung	300
I. Verhältnis von Legislative, Exekutive und Judikative	300
II. Rechtsetzungsakteure	301
1. Staatliche und supranationale Rechtsetzung	301
2. Private Rechtsetzung	302
3. Parlamentarische Gesetzgebung und Volksgesetzgebung ..	303
III. Ideale, Leitbilder und Rationalitätsansprüche an die Gesetzgebung	304
1. Kodifikationsideal	304
2. Formale, materielle und prozedurale Rationalitätsansprüche an die Gesetzgebung	305
3. Rechtsgrundlagen im deutschen Verfassungsrecht	306
a) Normative Grundlagen	306
b) Kritik	307
4. Rechtsgrundlagen im Europarecht	307
B. Verbandskompetenzen für die Gesetzgebung	309
I. Strukturelle Parallelen und Unterschiede zwischen europäischem und deutschem Verfassungsrecht	309
II. Grundsätze der supranationalen und innerstaatlichen Kompetenzverteilung	310
1. Grundsätzlich umfassende Kompetenzen des Staates	310
2. Aufteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern	310
3. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung für die EU ...	312
III. Systematik und Anwendungsbereich der Kompetenzbestimmungen	313
1. Systematik der verfassungsrechtlichen Normierungen	313
a) Normierung der Gesetzgebungskompetenzen im Grundgesetz	313
b) Normierung supranationaler Gesetzgebungskompetenzen im Europarecht	313
2. Anwendungsbereich der Kompetenzregelungen	315
IV. Kompetenzkategorien	316
1. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenzen	316
2. Konkurrierende bzw. geteilte Gesetzgebungs- kompetenzen	317
a) Konkurrierende Gesetzgebung im Grundgesetz	317
b) Geteilte Zuständigkeiten im Unionsrecht	317
3. Doppelzuständigkeiten	318
a) Abweichungskompetenzen der Bundesländer	318
b) Doppelzuständigkeiten von EU und Mitgliedstaaten ..	319
4. Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungskompetenzen der Union	319

5.	Kompetenzergänzungsklausel, Kompetenzen kraft Sachzusammenhangs und kraft Natur der Sache	320
a)	Bundeskompentzen kraft Sachzusammenhangs	320
b)	Bundeskompentzen aus der Natur der Sache	320
c)	Kompetenzergänzungsklausel für die EU	320
V.	Kompetenzausübungsregeln	321
1.	Bedeutung von Kompetenzausübungsregeln	321
2.	Erforderlichkeitsklausel, Art. 72 Abs. 2 GG	322
3.	Subsidiaritätsprinzip als Kompetenzausübungsregel	323
4.	Verhältnismäßigkeitsprinzip als Kompetenzausübungsregel	324
5.	Steuerung der Auswahl zwischen Richtlinie und Verordnung durch das Verhältnismäßigkeitsprinzip	324
VI.	Prozedurale Absicherungen und Justitiabilität der Kompetenzregelungen	326
1.	Verhältnis prozeduraler und materiell-rechtlicher Sicherungsmechanismen	326
2.	Spezifische Begründungspflichten für EU-Gesetzentwürfe	327
3.	Frühwarnmechanismus und Subsidiaritätsrüge	327
4.	Verfassungsgerichtliche Kontrolle der Kompetenzbestimmungen	327
C.	Gesetzgebungsorgane und Beteiligungsberechtigte	329
I.	Verhältnis von Verbands- und Organkompetenzen	329
II.	Recht der Gesetzesinitiative	330
1.	Gesetzesinitiativrecht für die Bundesgesetzgebung	330
2.	Gesetzesinitiativrecht für die EU-Gesetzgebung	330
a)	Initiativmonopol der Kommission als Regel	330
b)	Sonderfälle zusätzlicher Initiativberechtigter	331
c)	Europäische Bürgerinitiative	331
III.	Organkompetenzen für die Bundesgesetzgebung	332
1.	Beschlusskompetenz des Bundestages	332
2.	Zustimmungs- und Einspruchsrechte des Bundesrats	332
IV.	Organkompetenzen und Beteiligungsrechte für die EU-Gesetzgebung	333
1.	Parlament und Rat als grundsätzlich gleichberechtigte Gesetzgeber	333
2.	Anhörungsrechte des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen	334
3.	Beteiligung nationaler Parlamente: Zielsetzung aus EU-Perspektive	335
4.	Beteiligung von Bundestag und Bundesrat: Zielsetzung des deutschen Verfassungsrechts	336
D.	Das Verfahren der parlamentarischen Gesetzgebung	338
I.	Verfassungsrechtliche und soziologische Sicht auf das Gesetzgebungsverfahren	338
II.	Lesungen und Ausschussberatungen von Gesetzentwürfen im Deutschen Bundestag	339
1.	Lesungen und Ausschussberatungen im Deutschen Bundestag	339

2. Folgen von Geschäftsordnungsverstößen	339
III. Beratung von EU-Gesetzesentwürfen	340
1. Lesungen und Ausschussberatungen nach Art. 294 AEUV	340
2. Ergänzung der Lesungen durch den Trilog	341
a) Funktionsweise des Trilogs	341
b) Primärrechtliche Zulässigkeit und Problematik	341
c) Alternativen zum Trilog	342
3. Beteiligung des Bundestags an der EU-Gesetzgebung	343
4. Beteiligung des Bundesrats an der EU-Gesetzgebung (Art. 23 Abs. 4–6 GG)	344
IV. Vermittlungsverfahren	345
1. Vermittlungsverfahren nach Art. 77 Abs. 2 GG	345
2. Vermittlungsverfahren nach Art. 294 Abs. 10–14 AEUV ..	346
V. Gesetzesbeschluss, Ausfertigung, Verkündung und Inkrafttreten der Gesetze	346
1. Gesetzesbeschluss (Art. 77 Abs. 1 GG) und Zustandekommen des Gesetzes (Art. 78 GG)	346
2. Prüfungsrecht des Bundespräsidenten vor Ausfertigung der Bundesgesetze	346
3. Unterzeichnung und Veröffentlichung europäischer Gesetze	347
4. Inkrafttreten: äußere und innere Wirksamkeit	347
E. Verfassungsrechtliche Vorgaben und Restriktionen exekutiver Rechtsetzung	348
I. Zielsetzung und Legitimationsproblematik exekutiver Rechtsetzung	348
II. Formen exekutiver Rechtsetzung	349
1. Überblick	349
2. Gesetzesakzessorisches Exekutivrecht: Rechtsverordnungen, delegiertes Recht, Durchführungsrecht	351
3. Weitere Formen exekutiver Rechtsetzung	352
III. Verfassungsrechtliche Anforderungen an gesetzakzessorische Rechtsetzung durch die Exekutive	353
1. Anforderungen aus Art. 80 GG an den Erlass von Rechtsverordnungen	353
2. Anforderungen aus Art. 290 AEUV an den Erlass delegierten Rechts	353
3. Anforderungen aus Art. 291 Abs. 2 AEUV an den Erlass von Durchführungsrecht	354
F. Klausurhinweise	355
I. Klausurrelevante Themen und Fragestellungen	355
II. Aufbauhinweise	355
1. Fälle zum Gesetzgebungsverfahren	355
2. Fälle zur Überprüfung von Rechtsverordnungen	356
III. Prüfschemata	356

Kapitel 16. Verwaltung	358
A. Verwaltungskompetenzen	358
I. Kompetenzielle Grundentscheidungen	358
II. Verwaltungskompetenzen im Verhältnis zwischen EU und Mitgliedstaaten	359
1. Rechtsgrundlagen	359
2. Indirekter Vollzug des Unionsrechts: Grundentscheidung für ein dezentrales Vollzugssystem	360
3. Vertikale Zentralisierung: Verbandskompetenzen der EU für den direkten Vollzug des Unionsrechts	362
4. Horizontale Zentralisierung: Verwaltungskompetenzen im Verhältnis zwischen den EU-Mitgliedsstaaten	363
III. Verwaltungskompetenzen im Verhältnis von Bund und Ländern	364
1. Rechtsgrundlagen	364
2. Obligatorische Bundesverwaltung	366
3. Fakultative Bundesverwaltung	366
B. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Verwaltungsorganisation ...	367
I. Primärrechtliche Vorgaben für die Struktur der EU-Verwaltung	367
1. Die Kommission als Hauptverwaltungsorgan	367
2. Primärrechtliche Grundlagen für die Errichtung Europäischer Agenturen	367
3. Demokratische Legitimation des Organisationsmodells der EU-Verwaltung	368
II. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Struktur der Bundesverwaltung	369
1. Errichtungs- und Leitungskompetenz der Bundesregierung	369
2. Regelmäßige Beschränkung auf Bundesoberbehörden ...	370
C. Ingerenzrechte der EU und des Bundes beim Auseinanderfallen von Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen	370
I. Rechtfertigung von Ingerenzrechten gegenüber den Mitgliedstaaten bzw. Bundesländern	370
II. Europarechtliche Vorgaben für den mitgliedstaatlichen Vollzug des Unionsrechts	372
1. Grundsatz der institutionellen und verfahrensrechtlichen Autonomie der Mitgliedstaaten	372
2. Effektivitätsgebot als Grenze der mitgliedstaatlichen Autonomie	373
3. Durchführungsrecht als Instrument zur Steuerung des mitgliedstaatlichen Verwaltungsvollzugs	373
III. Steuerungs- und Aufsichtsrechte des Bundes gegenüber den Landesverwaltungen	374
1. Keine Vorgaben beim Vollzug von Landesgesetzen	374
2. Ingerenzrechte bei Ausführung der Bundesgesetze als eigene Angelegenheit der Länder	375
3. Ingerenzrechte bei Bundesauftragsverwaltung	376
4. Ingerenzbefugnisse des Bundes beim Vollzug des Europarechts durch die Länder?	376

D. Zulässigkeit und Grenzen ebenenübergreifender Verwaltungskooperation	377
I. Strukturelle Parallelen und Unterschiede zwischen europäischem und deutschem Verfassungsrecht	377
II. Primärrechtliche Grundlagen des europäischen Verwaltungsverbundes	378
III. Gemeinschaftsaufgaben und Verwaltungszusammenarbeit von Bund und Ländern	379
E. Klausurhinweise	380
I. Klausurrelevante Themen und Fragestellungen	380
II. Aufbauhinweise und eigenständige Entwicklung von Prüfschemata	381
Kapitel 17. Rechtsprechung	382
A. Gerichtliche Kompetenzen	382
I. Das Rechtsprechungsmonopol	383
II. Justitiabilität hoheitlichen Handelns	384
1. Rechtsschutzgarantie und korrespondierende Kompetenzen	384
2. Kompetenztableau des Europäischen Gerichtshofs	385
III. Der „Rechtsprechungsverbund“ der Verfassungsgerichte	385
IV. Normverwerfungskompetenzen	387
1. Bundesverfassungsgericht	387
2. Europäischer Gerichtshof	388
B. Ausgewählte Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht	389
I. Grundschemata zum Verfassungsprozessrecht	389
II. Organstreitverfahren	390
1. Standort und Funktion	390
2. Prüfung in der Klausur	391
a) Parteifähigkeit (auch: Antragsberechtigung) von Antragsteller und Antragsgegner	391
b) Streitgegenstand	392
c) Antragsbefugnis	393
d) Passive Prozessführungsbefugnis	394
e) Rechtsschutzbedürfnis	394
f) Form und Frist	394
g) Begründetheit	395
III. Abstrakte Normenkontrolle	395
1. Standort und Funktion	395
2. Prüfung in der Klausur	396
a) Antragsberechtigung	396
b) Antragsgegenstand	397
c) Antragsbefugnis	397
d) Form und Frist	398
e) Verfahren	398
f) Begründetheit	399
IV. Konkrete Normenkontrolle	399
1. Standort und Funktion	399
2. Prüfung in der Klausur	400

a) Vorlageberechtigung	400
b) Vorlagegegenstand	400
c) Vorlagebefugnis	402
d) Form und Frist	403
e) Verfahrensfragen	404
f) Begründetheit	404
C. Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof	404
I. Nichtigkeitsklage	404
1. Standort und Funktion	404
2. Prüfung in der Klausur	405
a) Beklagte Unionsorgane	405
b) Anfechtbare Unionsakte/Klagegegenstand	405
c) Klagebefugnis	405
aa) Privilegierte Kläger (Art. 263 Abs. 2 AEUV)	405
bb) Teilprivilegierte Kläger (Art. 263 Abs. 3 AEUV)	405
cc) Nichtprivilegierte Kläger (Art. 263 Abs. 4 u. 5 AEUV)	406
d) Klagegrund	407
e) Klagefrist	407
f) Ordnungsgemäße Klageerhebung	407
II. Vorabentscheidungsverfahren	407
1. Standort und Funktion	407
2. Prüfung in der Klausur	409
a) Vorlageberechtigung	409
b) Vorlagegrund bzw. -gegenstand	409
c) Entscheidungserheblichkeit	409
d) Vorlagepflicht	410
e) Ordnungsgemäße Vorlage	410
3. Entscheidungsinhalt	410
4. Der Europäische Gerichtshof als (deutscher) gesetzlicher Richter	411
III. Vertragsverletzungsverfahren	411
1. Standort und Funktion	411
2. Prüfung in der Klausur	412
a) Parteifähigkeit	412
b) Klagegegenstand	412
c) Durchführung eines Vorverfahrens	412
aa) Aufsichtsklage (Art. 258 Abs. 1 AEUV)	412
bb) Klage gegen einen anderen Mitgliedstaat (Art. 259 Abs. 2 AEUV)	413
d) Klagebefugnis	413
e) Klagefrist	413
f) Ordnungsgemäße Klageerhebung	413
g) Rechtsschutzinteresse	413
h) Begründetheit	414
D. Klausurhinweise und Prüfungsschemata zu den dargestellten Verfahrensarten	414
I. (Bundes-)Organstreitverfahren (Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 23 Abs. 1, 63 ff. BVerfGG)	414

II. Abstrakte Normenkontrolle durch das Bundesverfassungsgericht (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 23 Abs. 1, 76ff. BVerfGG)	414
III. Konkrete Normenkontrolle durch das Bundesverfassungsgericht (Art. 100 Abs. 1 S. 1 2. Alt. GG, §§ 13 Nr. 11, 23 Abs. 1, 80ff. BVerfGG)	415
IV. Nichtigkeitsklage nach Art. 263f. AEUV	415
V. Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 267 AEUV	416
VI. Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 258f. AEUV	417
Sachverzeichnis	419